IMT Nuremberg Archives

H – 381

International Court of Justice

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG DEUTSCHLAND, 22. Juni 46
SITZUNG von 10.00 - 13.00 Uhr

593

VORSITZENDER : Der. Luedighausen, das Gericht seith, dass Sie einen Zusatzantrag eingereicht haben, und zwar betreffend eines neuen Zeugen, den Botschafter Francois Ponset; sowie auch Ihren Antrag bezueglich weiterer Dokumente.

DR. VON LULDINGHAUSEN : Ja, Herr Praesident. Ich darf speziell zum Antrag des Herrn Francois Ponset folgendes sagen : Der Botschafter Francois Ponset hat inzwischen geantwortet auf diese Vorladung, die ihm zugegangen war, und diesen Brief habe ich vorgestern bekommen ueber die franzoesische Anklage-Delegation; allerdings nur in Abschrift. Aber die franzoesische Anklage-Delegation hat mir versprochen, den Original-Brief dem Gericht vorzulegen, und hat diese gegen die Verwendung, sowie auch die englische Delegation nichts dagegen einzuwenden. Also der Antrag auf Vernehmung des Zeugen ---

VORSITZENDER : Sie meinen die Verwendung des Briefes ?

DR. VON LULDIGHAUSEN : Die Ladung, und die Vernehmung des Zeugen eruebrigt sich damit, und mein entsprechender Antrag ebenfalls.

VORSITZENDER : Das Gericht findet, dass das annehmbar ist. Natuerlich kommt immer dabei die Frage der Erheblichkeit des tatsaechlichen Inhaltes des Briefes auf, soweit andere Dokumente in Frage kommen, die Sie wuenschen, hat die Anklage Einspruch dagegen erhoben ?

DR. VON LUEDINGHAUSEN : Ja, in zwei Fragen, die habe ich gestrichen. Die beiden Dokumente, die ich mit vorlegen wollte, die von der Anklage beanstandet wurden, habe ich gestrichen und sie befinden sich nicht mehr in meinen Dokumentenbuechern.

VORSITZENDER : Nach dem Dokument, das vor mir liegt, scheint die Anklage Einspruch gegen 3 davon erhoben zu haben, stimmt das ?

DR. VON LUEDINGHAUSEN : Zwei, die Nr. 93 und lol aus meinen Dokumentenbuechern, diese sind beanstandet und ich habe sie fallen lassen.

H0381 - 0002

VORSITZENDER : Verzeihung, ich habe mich geirrt. Sie haben sie fallen gelassen, das ist in Ordnung. Sie koennen jetzt weitermachen.

DR. VON LULDINGHAUSEN : Herr Praesident, darf ich folgendes vortragen : Es ist bisher nur die Uebersetzung von Dokumentenbuch 1 fertig. Es liegt schon vor. Aber die anderen sind noch nicht fertig geworden. Ich bitte mir aber trotzdem zu gestatten, aus den Dokumentenbuechern einmal die Dokumente vorzubringen bei den betreffenden Fragen unter Angabe der Nummer, der Bezeichnung und eventuell auch kurze Abschnitte daraus zu zitieren, damit der Zusammenhang gewahrt ist, sodass uns erspart wird, die Dokumente, wenn sie uebersetzt sind, nochmals vorzulegen; das wuerde ja eine ueberfluessige Zeitverschwendung sein.

VORSITZENDER : Sie wollen die Dokumente gebrauchen bevor Sie den Angeklagten aufrufen ?

DR. VON LULDINGHAUSEN : Nein, nein, im Laufe der Verhandlung.

VORSITZENDER : Also, Sie wollen den Angeklagten jetzt aufrufen ?

DR. VON LULDINGHAUSEN : Ja.

(Konstantin von Neurath betritt den Zeugenstand)

Verhoer durch Vorsitzenden :

F : Wie heissen Sie, bitte ?

A : Konstantin von Neurath.

F : Wollen Sie diesen Eid mir nachsprechen ?

Ich schwoere bei Gott, dem Allmechtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde.

(Zeuge spricht den Eid nach)

VORSITZENDER : Sie koennen sich setzen.

VERHOER DURCH DR. VON LULDINGHAUSEN :

F : Herr von Neurath, wollen Sie uns bitte einen kurzen Ueberblick Ihrer Abstammung, Erziehung im Elternhaus, sowie Ihrer Schulausbildung geben ?

A: Ich bin am 2. Februar 1873 geboren. Ich stamme vaterlicherseits aus einer alten Beamtenfamilie. Mein Grossvater, Urgross-

H0381 - 0003

vater und Ur-Ur-Grossvater waren Minister; Justiz des Auswaertigen in Wuerttemberg.

Muetterlicherseits stamme ich aus einer schwaebischen Adelsfamilie, deren Vorfahren meist Offiziere im Kaiserlichenoesterreichischen Heere waren. Ich wurde bis zu meinem 12. Lebensjahr in Berlin auf dem Lande erzogen in strenger Einfachheit, unter besonderer Betonung der Pflicht zur Wahrheit des Verantwortungsgefuehls, des Patriotismus und der christlichen Lebensfuehrung, verbunden mit christlicher Duldung Andersglaeubiger.

F : Sie haben dann das Abiturienten-Examen absolviert und haben dann studiert. Wann und wo ?

A : Nach Absolvierung des Gymnasiiums habe ich in Tuebingen und Berlin Rechtswissenschaft studiert und die beiden juristischen Staatsexamen dort bestanden.

F : Welche Stellungen haben Sie nach Ablegung des Examens im oeffentlichen Dienst innegehabt, bis zu dem Augenblick, als Sie zum Reichsaussenminister ernannt wurden ?

A : Im Jahre 1901 bin ich in den Auswaertigen Dienst des Reiches eingetreten. Ich war zunaechst in der Zentrale in Berlin, kam dann im Jahre 1903 an das General-Konsulat nach London, dann wieder ins Reich in das Auswaertige Amt nach Berlin, wo ich in alle Abteilungen der Behoerde beschaeftigt war. Im Jahre 1914 --

VORSITZENDER : Wann war das ?

ZEUGE : 1914.

VORSITZENDER : Sie waren 11 Jahre in London ?

ZEUGE : Ja. Ich kam dann als Botschaftsrat nach Konstantinopel. Ende 1916 nahm ich meinen Abschied aus dem diplomatischen Dienst wegen Differenzen mit der Politik des damaligen Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg, und wurde dann Kabinett-Chef des Koenigs von Wuerttemberg bis zur Revolution Ende 1918.

Im Februar 1919 ersuchte mich der damalige Sozialdemokratische Volkskommissar Ebert, wieder in den diplomatischen Dienst zurueckzugehen. Ich habe dies unter Vorbehalt meiner politischen Einstellung getan, wurde dann Gesandter in Daenemark, wo ich in erster Linie die Auseinandersetzung mit Daenemark, wegen der sogenannten

H0381-0004

H0381 - 0005

Schleswig-Frage zu leiten hatte.

Im Dezember 1921 wurde ich Botschafter in Rom beim Quirinal bis zum Jahre 1930. Ich erlebte dort die faschistische Revolution mit ihren blutigen Ereignissen und Auswirkungen; hatte Anfangs scharfe Auseinandersetzungen mit Mussoline, die sich aber allmaehlich in ein Vertrauensverhaeltnis mir gegenueber abschwaechten.

Im ersten Weltkrieg war ich Hauptmann in einem Grenadier-Regiment, erhielt im Dezember 1914 wegen Tapferkeit vor dem Feind das Eiserne Kreuz I. Klasse, war verwundet, und wurde dann wieder auf meinen Poster nach Konstantinopel zurueckgeschickt.

F : Wie ist Ihre Einstellung zur Kirche und Religion ?

A : Wie ich bereits erwaehnt habe, bin ich christlich erzogen und habe die christliche Kirche und Moral von je her als die Grundlage des Staates betrachtet. Ich habe deshalb bei Hitler immer wieder [illegible] die antikirchliche Stellung der Kreise der Partei nicht [illegible] zu lassen. Gegen Ausschreitungen von Parteiorganisationen und Einzelpersonen gegen die Kirche, gegen die Klöster habe ich, soweit mir das moeglich war, immer wieder interveniert.

DR. VON LULDINGHAUSEN : Herr Praesident, ich darf hierzu aus einer eidesstattlichen Erklaerung des Landesbischof Wurm in Stuttgart zitieren.

Diese eidesstattliche Versicherung befindet sich als Nr. 1 in meinem Dokumentenbuch Nr. 4 : Ich zitiere :

" Herrn von Neurath habe ich kennen gelernt in der Zeit des Kirchenkampfes. Ich glaube mich an ihn wenden zu koennen als Landsmann und als Spross einer Familie, die der evangelischen Kirche zugetan war. Sein Vater war Mitglied der evangelischen Landessynode gewesen. Ich habe mich in diesem Vertrauen auch nicht getaeuscht. Er hat mich oefters empfangen und mir mehrfach Unterredungen mit anderen Mitgliedern des Reichskabinetts vermittelt. Insbesondere hat er im Herbst 1934, als ich durch rechtswidrige Eingriffe des damaligen Reichsbischofs Ludwig Mueller wegen meines Widerstandes gegen die Beherrschung der Kirche

durch die deutschen Christen von meinem Amt entfernt und in meiner Wohnung interniert wurde, zusammen mit dem Innenminister Dr. Frick und dem Reichsjustizminister Dr. Guertner meine Haftentlassung und meine Wiederanerkennung als Bischof durch den Staat durchgesetzt und eine Aussprache in der Reichskanzlei herbeigefuehrt, die eine Zurueecknahme der rechtswidrigen Gesetzgebung des Reichsbischofs zur Folge hatte. Auch in den spaeteren Perioden des Kirchenkampfes habe ich stets freundliche Aufnahme und volles Verstaendnis fuer die Anliegen der Kirche bei ihm gefunden. "

Ich darf weiter Bezug nehmen auf die unter Nr. 2 meines Dokumentenbuches befindliche eidesstattliche Versicherung eines alten intimen Freundes des Angeklagten, des Rechtsanwaltes und Notars Manfred Zimmermann in Berlin und darf aus dieser eidesstattlichen Versicherung einen kurzen Auszug zitieren.

VORSITZENDER : Ich glaube nicht, dass das alles gelesen werden muss. Das Gericht wird sich schon damit befassen.

DR. LULDINGHAUSEN : Bitte sehr. Ich habe deshalb wert darauf gelegt, weil das zweite Dokument von einem Mann stammt, der in seit 4o Jahren genauestens kennt. Es lag mir deswegen daran neben der Erklaerung des Landesbischof Wurm auch einen Mann zu zitieren, der das taegliche Leben von ihm kennt, aber wenn Herr Praesident glauben, dass es nicht erforderlich ist, dies vorzulesen, dann darf ich nur darauf Bezug nehmen - -

VORSITZENDER : Sie brauchen es nicht alles zu lesen, aber Sie koennen uns auf die wichtigen Absaetze aufmerksam machen.

DR. LULDINGHAUSEN : Herr Praesident, die Stelle, die ich hier zitieren wollte, befindet sich auf Seit 5 dieser eidesstattlichen Versicherung unter Absatz 5. Sie beginnt mit " Konstantin von Neurath ist nach Familie, Erziehung und Werdegang eine in jeder Beziehung gefestigte Persoenlichkeit."

Dann darf ich darauf verzichten. Dann darf ich vorlegen eine Erklaerung des Pfarrers Koller und des Buergermeisters von Linzweihingen. Das ist die Gemeinde, in der Neurath zuhause ist.

H0381 – 0006

H0381-0007

Sie befindet sich unter Nummer 24 in meinem Dokumentenbuch I.

DURCH DR. LUEDINGHAUSEN :

F : Herr von Neurath, wie ist im Anschluss daran Ihre Einstellung zur Judenfrage gewesen ?

A : Ich bin niemals Antisemit gewesen, woran mich schon meine christliche und humanitaere Ueberzeugung hinderten. Eine Zurueckdraengung des uebermaessigen Einflusses auf allen Gebieten des oeffentlichen und kulturellen Lebens, wie er sich nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland entwickelt hatte, betrachtete ich aber als erwuenscht. Alle Gewaltmassnahmen gegen-ueber den Juden lehnte ich ebenso ab, wie schon die Propaganda gegen die Juden. Die ganze Rassenplitik der nationalsozialistischen Partei hielt ich fuer falsch und habe sie deswegen bekaempft. Nach Inkraftsetzung der Judengesetze habe ich mich gegen die Durchfuehrung gestemmt und nichtarische Angehoerige des auswaertigen Dienstes so lange als moeglich gehalten. Erst nachdem die Partei die Entscheidung ueber die Ernennung von Beamten erhalten hatte, musste ich mich auf die Verteidigung von einzelnen Personen beschraenken. Ich habe mehreren von ihnen die Emigration ermoeglicht. Das sogenannte Rassengesetz ist von einem Rassenfanatiker der Partei verfasst und trotz meines ausdruecklichen Einspruches in Nuernberg beschlossen worden.

DR. LUDINGHAUSEN : Ich darf hierzu verweisen und einen kurzen Satz zitieren aus einem Affidavit des frueheren Botschafters Dr. Kurt Pruefer. Dieses Dokument befindet sich als Nummer 4 in meinem Dokumentenbuch.

Der Botschafter Pruefer war Ministerialdirektor im Auswaertigen Amt als Herr von Neurath Aussenminister war.
Ich darf kurz zitieren, ueber seine Einstellung zu ander-s glaeubigen Beamten :

" Neurath hat sich in vielen Faellen - - - "

VORSITZENDER : Welche Seite ist das ?

DR. LUDINGHAUSEN : Im Deutschen Seite 9.

VORSITZENDER : Ja, und unsere Seite 21 ?

DR. LUDINGHAUSEN : Ja.

22. Juni - M - AG - 7 Hausladen.

" - - hat sich in vielen Faellen eingesetzt fuer die Beamten des Auswaertigen Amtes, die wegen ihrer Rasse, ihres Glaubens oder wegen ihrer frueheren Zugehoerigkeit zu anderen Parteien von den Nationalsozialisten beanstandet wurden. So bleiben bis zum Tode Hindenburgs, solange als Neurath noch die alleinige Verfuegung in allen Beamtenfragen zustand, eine Anzahl von Beamten juedischer oder gemischt-juedischen Blutes in ihren Stellungen, ja es erfolgten sogar noch Befoerderungen solcher Beamten.

Erst als dem Reichsminister nach dem Tode Hindenburgs, ebenso wie den anderen Ressortchefs durch Erlass des Fuehrers die letzte Entscheidung in allen Beamtenfragen entzogen und dem Stellvertreter des Fuehrers uebertragen wurde, setzte sich auch auf diesem Gebiet der Radikalismus der Partei durch, der dann, insbesondere nach Neuraths Ausscheiden, immer schroffere Formen annahm. "

(Ende des Zitats)

VORSITZENDER : Welche Antwort war das ?

DR. LUEDINGHAUSEN : Das war das Affidavit des frueheren Botschafters a.D. Dr. Kurt Gruber.

VORSITZENDER : Ja, das weiss ich. Ich will nur wissen, welche Antwort das war, wo das steht ?

DR. LUEDINGHAUSEN : Ich sehe Nr. 4. Es ist ein Affidavit. Es ist kein Fragebogen in diesem Sinne.

VORSITZENDER : Es ist jedenfalls ein Paragraph in unserer Abschrift.

DR. LUEDINGHAUSEN : Nummer 18 ; es ist die Antwort auf die Frage Nr. 18.

Ich darf Sie dann ferner noch auf ein Affidavit der Baronin Ritter , von Muenchen, verweisen. Die Baronin Ritter ist eine entfernte Verwandte von ihm. Sie ist die Witwe des fraeheren bayr. Gesandten am Vatikan. Sie kennt Herrn von Neurath seit langen Jahren und kennt genau auch seine Denkungsart.

Es ist dies in meinem Dokumentenbuch Nummer 3 und ich moechte daraus von Seite 3 einen kurzen Passus zitieren :

" Die gleiche tolerante Einstellung wie gegenueber den christlichen Konfessionen hatte er auch der Judenfrage gegenueber.

H0381 - 0008

Er hat daher die Rassenpolitik Hitlers grundsaetzlich abgelehnt. Es gelang ihm auch praktisch, bis zum Jahre 1937 jede Ausschaltung von Juden in seinem Amtsbereich zu verhindern. Er hat ausserdem allen Personen, die ihm beruflich oder persoenlich nahestanden und durch die Judengesetzgebung betroffen wurden, soweit er irgend konnte geholfen, um finanzielle und andere Nachteile von ihnen abzuwenden."

DURCH DR. LUEDINGHAUSEN

F : Wie standen Sie Herr von Neurath, den antijuedischen Tendenzen und Massnahmen Hitlers gegenueber ?

A : Ich sah darin einen Antisemitismus, wie er im deutschen Volk nicht ganz selten war, ohne aber praktische Auswirkungen zu haben. Gegen alle mir bekanntgewordenen Ausschreitungen habe ich aber bei Hitler protestiert und zwar nicht etwa bloss aus aussenpolitischen Gruenden und habe ihn ersucht, speziell Goebbels und auch Himmler zurueckzuhalten.

F : Bei dieser Gelegenheit moechte ich gerne einschalten eine Frage dahingehend, was wussten Sie ueber die Taetigkeit und die Ausschreitungen der Gestapo und der SA Bezw. der SS ?

Hierzu moechte ich Ihnen die Aussagen des vor einiger Zeit hier vernommenen Zeugen Gisevius vorhalten. Er sagte : " Darueber hinaus habe ich einem der engsten Mitarbeiter des damaligen Aussenministers -- das waren Sie -- dem Chef des Protokolls, Gesandten von Buelow-Schwandte an Material gegeben so viel ich konnte und nach Auskuenften, die Buelow-Schwandte mir gegeben hat, hat er wiederholt dieses Material vorgelegt. Es handelt sich dabei um angebliches Material ueber Ausschreitungen und Akte insbesondere gegen Auslaender natuerlich."

A : Die Behauptungen dieses Zeugen Gisevius, ich haette durch meinen Protokollchef ueber die Taetigkeit der Gestapo allgemein etwas erfahren muessen, ist eine durchaus unrichtige Vermutung. Ich hoerte dienstlich durch Beschwerden der Gesandten und Botschafter wohl von Schlaegereien und auch von Verhaftungen durch die Polizei und durch die SA, aber ueber die allgemeinen dienstlichen Institutionen der Gestapo und ihrer Taetigkeit wuss-

H0381 - 0009

H0381-0010

te ich nichts.

In allen Fragen, die mir bekannt geworden sind, habe ich beim Innenminister, dem Vorgesetzten der Polizei- und der Gestapo zunaechst Aufklaerung und Bestrafung der Schuldigen verlangt.

FORTSETZUNG DER VERNEHMUNG VON NEURATH DURCH DR. VON LUDINGHAUSEN

DR. VON LUDINGHAUSEN : F : Was wussten Sie bezw. haben Sie erfahren ueber die Konzentrationslager, wann haben Sie zuerst von dieser Institution ueberhaupt etwas erfahren und wann bezw. von wem haben Sie ueberhaupt von den Zustaenden in diesen Lagern Kenntnis bekommen ?

A : Die Institution der sogenannten Konzentrationslager war mir aus dem Burenkrieg schon bekannt. Die Existenz von solchen Lagern in Deutschland wurde mir etwa 1934 oder 1935 bekannt, als naemlich zwei Beamte meiner Behoerde und darunter gerade der von Herrn Gisevius genannte Protokollchef ploetzlich verhaftet wurden. Bei den Nachforschungen nach ihm stellte ich fest, dass sie in ein sogenanntes Konzentrationslager verbracht worden seien. Ich liess mir Herrn Himmler und Heydrich kommen und machte ihnen Vorwuerfe und es gab dabei sehr scharfe Auseinandersetzungen zwischen den beiden und mir. Auf meine sofortige Beschwerde bei Hitler wurden die beiden Beamten freigelassen. Ich habe sie dann auch gefragt, wie sie behandelt worden seien und dabei haben beide uebereinstimmend gesagt, dass die Behandlung - abgesehen natuerlich von der Freiheitsentziehung - nicht schlecht gewesen sei. Das Konzentrationslager in das sie verbracht worden waren, war das Lager Oranienburg. Spaeter habe ich auch von der Existenz von Dachau gehoert und im Jahre 1939 auch von Buchenwald und zwar deshalb, weil dorthin die von Himmler verhafteten tschechischen Studenten verbracht worden waren. Von dem mir bekanntgewordenen Ausmass der Konzentrationslager und gar wohl von der Behandlung der Gefangenen oder gar von den Vernichtungslagern habe ich erst hier in Nuernberg erfahren.

F : Von wem und wann sind Sie nun zum Reichsaussenminister ernannt worden, und wie ist es zu dieser Ernennung gekommen ?

H0381 - 0011

A : Zum Aussenminister bin ich am 2. Juni 1932 durch den Reichspraesidenten von Hindenburg ernannt worden. Hindenburg hatte mich schon im Jahre 1929 nach dem Tode Stresemanns zum Aussenminister ernennen wollen. Ich habe es damals abgelehnt, weil ich bei den im Reichstag bestehenden Parteiverhaeltnissen keine Moeglichkeit fuer eine stabile Aussenpolitik erblicken konnte. Ich gehoerte keiner der etwa 3o Parteien an, haette also im damaligen Reichstag keinerlei Unterstuetzung finden koennen. Hindenburg nahm mir aber das Versprechen ab, seinem Ruf zu folgen, wenn das Vaterland in Not kommen sollte.

F : Ich darf kurz das Telegramm zitieren, mit dem damals das Auswaertige Amt Herrn von Neurath davon verstaendigte, dass der Reichspraesident wuenschte, dass er damals fuehrend in die Regierung eintreten wuerde. Es ist dies die Niederschrift des telefonisch durchgegebenen Telegramms und hat folgenden Wortlaut - es befindet sich als Nummer 6 in meinem Dokumentenbuch.

" Fuer Herrn Botschafter persoenlich selbst zu entziffern

Berlin, 31. Mai 1932

und war nach London gerichtet.

Der Herr Reichspraesident bittet Sie unter Hinweis auf Ihre frueheren Zusagen, das Aussenministerium in Bildung begriffenen Praesidialkabinetts zu uebernehmen, das aus Persoenlichkeiten der Rechten die parteipolitisch nicht gebunden sind, bestehen wird und sich weniger auf Reichstag als auf Autoritaet des Reichspraesidenten stuetzen soll. Der Herr Reichspraesident richtet dringenden Apell an Sie, Ihre Dienste dem Vaterland in dieser schweren Stunde nicht zu versagen. Falls Sie zusagende Antwort nicht sofort geben koennen, bitte ich umgehend herzukommen.

Buelow . "

H0381-0012

Das war der damälige Staatssekretaer des Auswaertigen Amtes.

Ich verweise dann ferner noch auf den Durchschlag eines Schreibens des Leiters der Politischen Abteilung des Auswaertigen Amtes ueber die Berufung Herrn von Neuraths zum Reichsaussenminister, den er damals an den ihm befreundeten Herrn Gesandten Ruemelin richtete. Der Schreiber dieses Briefes, Herr Ministerialdirektor Dr. Koepke, wird bei seiner Vernehmung hier vor Gericht die Richtigkeit dieses Briefes, das heisst, die Tatsache, dass dieser Brief der Durchschlag des Originalbriefes an den Gesandten Ruemelin ist, bestaetigen. Ich glaube daher im Moment auf die Verlesung verzichten zu koennen. Das Dokument befindet sich unter Nummer 8 in meinem Dokumentenbuch.

Haben Sie nun leichten Herzens sich entschlossen, diesem Ruf Hindenburgs zu entsprechen und diesen schweren Posten, in der damäligen Zeit doppelt schweren Posten, zu uebernehmen.

A: Nein, keineswegs. Ich hatte keinerlei Lust, den damaligen Posten des Aussenministers zu uebernehmen. Ich war gern auf meinem Botschafterposten in London, hatte dort bei der Regierung und bei der koeniglichen Familie eine gute Stellung und hoffte deshalb, den beiden laendern, England und Deutschland, noch nuetzlich sein zu koennen. Aber an dem Appell Hindenburgs konnte ich gar nicht ohne weiteres vorubergehen. Aber auch dann entschied ich mich erst, nachdem ich mit ihm eine laengere Aussprache gehabt hatte, indem ich meine Ziele und meine Auffassung ueber die deutsche Aussenpolitik dargelegt und mit seiner Unterstuetzung der friedlichen Entwicklung und der Mittel zur Erreichung der Gleichberechtigung Deutschlands, der Staerkung seiner Position im Rate der Nationen und der Gewinnung der Souveraenitaet ueber das deutsche Reichsgebiet mich versichert habe.

F: Ich darf hierzu auf das bereits zitierte Affidavit des fruecheren Gesandten Pruefer verweisen, das sich als Nummer 4 in meinem Dokumentenbuch befindet, und ich darf hieraus den Absatz Nummer 7 zitieren, in dem die Berufung des Angeklagten durch Hindenburg behandelt wird. Es ist dies in meinem deutschen Dokumentenbuch Seite 27. "Es war in den Kreisen der oberen Beamten des Auswaertigen Amtes eine bekannte Tatsache, dass Hindenburg, als er Hitler zum Reichskanzler machte, daran geradezu die Bedingung geknuepft hatte, dass Neurath als Aussenminister im Amte blieb. Baron Neurath hatte sich, als er 1932 es uebernahm, keineswegs zu diesem Amt gedraengt. Vielmehr hatte er bereits 1929, als Hindenburg ihm das Ressort angetragen hatte, es mit der Begruendung abgelehnt, dass er sich, ohne einer

H0381 - 0013

Partei zuzugehoeren, in einem parlamentarisch regierten Staate ohne Parteirueckhalt fuer die Uebernahme eines Ministeriums nicht fuer geeignet halte. Erst als dann der von Neurath besonders verehrte Reichspraesident von Hindenburg im Jahre 1932 sein erstes sogenanntes Praesidialkabinett berief, liess Neurath seine Bedenken fallen und trat als Aussenminister in dieses Kabinett ein."

Ende des Zitates.

Wie war nun damals die Beurteilung der innenpolitischen Lage fuer Sie ?

A: Die Entwicklung der Parteiverhaeltnisse im jahre 1932 hatten sich so weit zugespitzt, dass auch nach meiner Ansicht nur zwei Moeglichkeiten bestanden, entweder meine Beteiligung der zahlenmaessig sehr stark gewordenen nationalsozialistischen Partei an der Regierung oder bei Ablehnung dieses Verlangens der Buergerkrieg. Die Einzelheiten ueber das Zustandekommen der Regierung im Jahre 1933 und das Zurmachtkommen Hitlers hat der Angeklagte von Papen ja eingehend dargelegt.

F: Wie war nun Ihre eigene Einstellung zu Hitler, zum Nationalsozialismus im allgemeinen und zu den nationalsozialistischen Ideen und vor allen Dingen zur Partei?

A: Hitler kannte ich persoenlich nicht. Die Methoden der Partei in ihrem Kampf um die Macht im Staate verabscheute ich. Die Ideen im einzelnen waren mir nicht bekannt. Einige davon, namentlich auf sozialistischem Gebiet, schienen mir gut, andere hielt ich fuer Revolutionserscheinungen, die sich allmaehlich abschleifen wuerden, wie ich das ja bei der Revolution in Deutschland im Jahre 1918 und dann nachher in Italien bei der faschistischen Revolution auch erlebt habe. Im ganzen stand ich ihnen aber ablehnend gegenueber. Ich hielt jedenfalls damals eine entscheidende Rolle Hitlers und der nationalsozialistischen Partei in der deutschen Politik oder ihre alleinige Fuehrung durch Hitler fuer falsch und nicht im Interesse Deutschlands, ganz besonders aber nicht im Interesse der deutschen Aussenpolitik.

F: Ich darf hierzu noch eine Stelle aus dem vorerwaehnten Affidavit des Botschafters Pruefer zitieren, Nr. 4 meines Dokumentenbuches, die sich auf Seite 28 befindet und die interessant ist insofern, als es sich ja bei dem Pruefer um einen Beamten handelt, der seinem Ministerium angehoerte.

"Baron Neurath war nicht Nationalsozialist. Er hatte aufgrund von Herkommen und Tradition eine entschiedene Abneigung gegen die nationalsozialistische Doktrin, soweit sie radikale und gewaltsame Maximen enthielt. Diese Abneigung, aus der er keinen Hehl machte, bezog sich besonders auf die Exzesse der Parteiorgane gegen-

H0381 - 0014

ueber Andersdenkenden und vor allem gegenueber Juden und Menschen mit juedischem Blutmischung, dann aber auch auf die allgemeine Ignoranz der Nationalsozialistischen Partei in jeder Lebensaeusserung des deutschen Volkes und Staates, mit anderen Worten auf den Totalanspruch, das Fuehrerprinzip, kurz gesagt die Diktatur. Freiherr von Neurath hat sich namentlich in den Jahren 1936 bis 1938, als ich ihn in meiner Eigenschaft als Leiter der Budget- und Personalabteilung sehr haeufig sah, oft zu mir und zu anderen in meiner Gegenwart unmissverstaendlich darueber geaeussert, wie sehr ihn die immer extremer werdende Entwicklung in der deutschen Innen- und Aussenpolitik mit Sorge und Widerwillen erfuellte." Ende des Zitats.

Herr Praesident, ich darf dann das Gericht bitten, amtlich Kenntnis zu nehmen von dem Fragebogen des Grafen Schwerin von Krosigk, des frueheren Reichsfinanzministers, das sich in meinem Dokumentenbuch unter Nr. 25 befindet.

Wie war nun, um auf Ihre aussenpolitischen Gedanken, Ideen und Prinzipien zu kommen, Ihre Einstellung zum Versailler Vertrag und zum Voelkerbund ?

A: In den unsinnigen und unmoeglichen Bestimmungen des Versailler Vertrages, durch welchen die Wirtschaft der ganzen Welt in Unordnung gebracht wurde, sind die Wurzeln des Nationalsozialismus und damit auch die Ursachen des zweiten Weltkrieges zu suchen. Indem man diesen Vertrag mit dem Voelkerbund verband und ihn gewissermassen zum Hueter der Bestimmungen des Vertrages bestellte, wurde sein urspruenglicher Zweck, naemlich der der Voelkerversoehnung und der Friedenserhaltung illusorisch. Zwar war in dem Statut die Moeglichkeit der Revision vorgesehen. Von dieser Moeglichkeit hat aber die Voelkerbundsversammlung keinen Gebrauch gemacht. Nachdem sich die die Vereinigten Staaten von der Teilnahme zurueckgezogen hatten und auch Russland und spaeter auch Japan ausserhalb standen, bestand dieser sogenannte Voelkerbund in seiner ueberragenden Mehrheit nur aus einer Versammlung von Interessenten zur Erhaltung des status quo und zwar des status quo, wie er durch den Versailler Vertrag geschaffen war. Anstatt nun die im Laufe der Zeit immer wieder auftauchenden Spannungen zu beseitigen, ging das Bestreben dieser Versammlung dahin, an dem bestehenden Zustand nichts aendern zu lassen. Dass sich dies ein grosses und ehrliebendes Volk, das durch den Versailler Vertrag diskriminiert war, auf die Dauer nicht gefallen lassen wuerde, das konnte jeder etwas weitblickende Staatsmann erkennen. Und zwar nicht nur in Deutschland war immer wieder darauf hingewiesen worden, dass dies zu einem boesen Ende fuehren muesse. Aber in Genf, dem Tummelplatz redegewandter eitler Politiker, war man dagegen taub.

H0381-0015

F: Es ist unbestreitbar eine geschichtliche Tatsache, dass die deutsche Aussenpolitik unter allen Regierungen, die der von Hitler vorausgingen, bestrebt gewesen waren, die Aenderung des Versailler Vertrages, allerdings ausschliesslich mit Friedensmitteln, zu erreichen. War diese Politik auch diejenige Hindenburgs oder waere Hindenburg etwa fuer eine andere Loesung, fuer eine gewaltsame kriegerische Loesung zu haben gewesen ?

A: Nein, keinesfalls. Und zwar auch dann nicht, wenn Deutschland die militaerischen Mittel dazu gehabt haette. Er sagte mir immer wieder, ein neuer Krieg muesse auf alle Faelle vermieden werden.

F: Herr Praesident, ich darf kurz verweisen und zur amtlichen Kenntnisnahme bitten, auf einen Auszug aus einer Rede des Grafen Bernstorff, des Vertreters Deutschlands im Voelkerbund vom 25. September 1928, sie befindet sich auf Nr. 24 meines Dokumentenbuches 2 - die Uebersetzung liegt allerdings noch nicht vor, sie wird aber nachgereicht werden, ich hoffe am Montag - .

Ferner nahm ich Bezug und darf um Kenntnisnahme bitten auf einen Auszug aus der Rede des damaligen Reichskanzlers Bruening in Keil vom 19. Mai 1931 - es ist dies Nr. 36 meines Dokumentenbuches Nr. 2 - ferner noch auf einen Auszug aus der Rede des damaligen Reichsaussenministers Curtius, des Nachfolgers und Freundes des kurz vorher verstorbenen Reichskanzlers Stresemann, die Curtius vor der Voelkerbundsversammlung hielt.

Sir David Maxwell Fyfe: Herr Vorsitzender, ich habe Herrn von Luedinghausen erklaert, dass ich den zweiten Band erhalten habe. Ich weiss nicht, ob das Gericht die englische Uebersetzung vor sich hat.

Vorsitzender: Nein, wir haben keine. Sir David, hat die Anklagebehoerde sich damit einverstanden erklaert, dass diese Dokumente zugelassen werden, dass sie wichtig seien ?

Sir David Maxwell Fyfe: Wir werden kurze Zitate nicht beanstanden, wie das bisher der Fall gewesen ist. Der Herr Vorsitzende wird einsehen, dass ich den Standpunkt, den die Anklagebehoerde in Bezug auf den Versailler Vertrag einnimmt, dargelegt habe. Solange die Dinge in normaler Weise vorgetragen werden, werde ich keinen formellen Einspruch zu erheben haben.

Vorsitzender: Herr Dr. Luedinghausen, das Gericht hat verfuegt, dass verschiedene Dokumente nicht als Beweismittel angeboten werden koennen, die die Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages hervorheben wollen. Das Gericht wird diese Dokumen-

H0381 - 0016

te lediglich als historisch ansehen, aber sonst unerheblich. Die Frage ist nur, ob die Angeklagten versucht haben, den Versailler Vertrag mit Gewalt umzuwerfen. Die Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit des Vertrages ist in keinem Moment hier von Interesse.

Dr. v. Luedinghausen: Herr Praesident, ich habe es nicht aus dem Grunde vorgelegt um eine Kritik an dem Versailler Vertrag zu ueben, sondern um den Nachweis zu fueren, dass auch die fruecheren Regierungen mit Friedensmitteln dasselbe Ziel verfolgt haben, das mein Mandant spaeter als Reichsaussenminister auch verfolgte, dass sich also auch unter seiner Leitung keinerlei Aenderung in der Tendenz und den Zielen der deutschen Aussenpolitik zu den auslaendischen Maechten einstellte. Das war der Grund, aber keine Kritik an sich.

Vorsitzender: Ich weiss, Herr Dr. Luedinghausen, aber alles Beweismaterial, das der Angeklagte in den letzten Minuten gegeben hat, war eine Kritik an der Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages.

Dr. v. Luedinghausen: Ja, das war seine allgemeine Einleitung, aber jetzt wollen wir die Kontinuitaet seiner Politik zu beweisen versuchen.

F: Wie waren nun Ihre eigenen Ansichten ueber die Frage der Weiterfuehrung der Aussenpolitik des Reiches in Bezug auf die eben behandelte Frage ?

A: Ich war der Ansicht, dass die Loesung der verschiedenen politischen Probleme nur auf friedlichem Wege und zwar Schritt fuer Schritt zu erreichen sein wuerde. Voraussetzung dafuer war allerdings die volle Gleichberechtigung Deutschlands auf allen Gebieten, also auch auf dem militaerischen, ferner die Wiederherstellung der Souveraenitaet im ganzen Reichsgebiet und die Aufhebung jeder Diskriminierung. Aber das zu erreichen war zunaechst die erste Aufgabe der deutschen Aussenpolitik,

Dr. v. Luedinghausen: Herr Vorsitzender, ich darf hierzu wiederum auf das erwaehnte Affidavit des Gesandten Dr. P r u e f e r , das sich unter Nr. 4 in meinem Dokumentenbuch befindet, verwiesen und moechte mit Erlaubnis des Gerichts aus diesem hierzu als Bekraeftigung dessen, was der Angeklagte eben gesagt hat, einen Teil des Absatzes Nr. 12 vorlesen:

"Neuraths Politik war eine solche internationaler Verstaendigung und des Friedens. Diese Politik stand keinesfalls im Widerspruch dazu, dass auch Herr von Neurath eine Revision der Haerten des Versailler Vertrages anstrebte. Er wollte dies jedoch ausschliesslich auf dem Verhandlungswege, keinesfalls durch Gewalt, herbeifueren. Alle Aeusserungen und Weisungen, die ich als sein Mitarbeiter je von ihm ge-

H0381 - 0017

hoert oder gesehen habe, bewegten sich in dieser Richtung. Dass Baron von Neurath sich als einen Bewahrer des Friedens empfand, geht wohl am besten aus einer Aeusserung hervor, die er bei seinem Ausscheiden aus dem Auswaertigen Amt tat. Er erklaerte damals in einem kleinen Kreise von Mitarbeitern, dass sich nun wohl der Krieg nicht mehr vermeiden liesse. Er wollte damit wohl sagen, dass die Aussenpolitik von nun an aus der seinen in die Hand von Leichtsinnigen gegeben worden waere."

Durch Dr. v. Luedinghausen:

F: Herr v. Neurath, Sie waren sich also mit Hindenburg voellig einig in der absoluten Ablehnung jeder Anwendung von Gewalt zwecks Erreichung dieses Zieles der Abaenderung des Versailler Vertrages. Und Sie hielten die Erreichung dieses Zieles fuer moeglich und waren ein ueberzeugter Gegner von kriegerischen Verwicklungen, die Sie fuer das

H0381 - 0018

groesste Unglueck nicht nur fuer Deutschland, sondern auch fuer die ganze Welt hielten ?

A: Ja. Deutschland und die ganze Welt steckte ja damals noch immer in der schweren Wirtschaftskrise, die durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages entstanden waren. Jede neue kriegerische Entwicklung konnte deshalb nur zu einem grossen Unglueck fuehren.

F: Wenige Tage, nachdem Sie am 2. Juni 1932 Ihr neues Amt als Aussenminister angetreten hatten, begann die Tagung der sogenannten Reparations Konferenz in Lausanne, an der Sie zusammen mit dem neuen Reichskanzler von Papen teilgenommen haben.

Wollen Sie uns ganz kurz sagen, was der Zweck der Konferenz war ?

A: Die Kontributions-Liste aus dem Versailler-Vertrag, die ja niemals definitiert worden war, sollte nun auch formell vollends beseitigt bezw. in ihrer Endsumme endgueltig festgelegt werden.

Dieses Ziel ist auch erreicht worden.

F: Tagte auch gleichzeitig in Genf die Abruestungs-Konferenz ?

A: Ja, die Verhandlungen fand(n fast gleichzeitig statt.

DR. V. LUEDINGHAUSEN: Herr Vorsitzender, ich erlaube mir bei dieser Gelegenheit kurz des allgemeinen Verstaendnisses halber darauf hinzuweisen, dass die Einrichtung der Abruestungskonferenz zurueckgeht auf die Entschliessung der Voelkerbunds-Versammlung vom 25. September 1928 in der die enge Verbindung zwischen der internationalen Sicherheit, d.h. den Frieden der Allgemeinheit der europaeischen Staaten und der Begrenzung der Ruestungen betont wird.

Ich darf hierzu hinweisen auf den Text der Entschliessung des Voelkerbundes, der sich unter Nr. 33 meines Dokumentenbuches Befindet.
Das ist Seite 90 des Dokumentenbuches 2.

DURCH DR. V. LUEDINGHAUSEN:

F: Koennen Sie uns eine kurze Darstellung des Verlaufes dieser Abruestungsverhandlungen geben ?

A: Ja, eine kurze Darstellung zu geben ist natuerlich sehr schwierig. Die Abruestungs-Konferenz war vom Voelkerbund eingesetzt worden, um die im Artikel 8 vorgesehene Abruestung aller Staaten als Gegenleistung fuer die im Jahre 1927 bereits durchgefuehrte deutsche Abruestung in die Wege zu leiten. Die Verhandlungen in der Abruestungskonferenz wurden aber schon nach kurzer Zeit gegen den

H0381 - 0019

Widerspruch der deutschen Vertreter vertagt. Aus den vorhergegangenen Verhandlungen unter Vertagung war schon damals klar zu erkennen, dass die nicht abgeruesteten Staaten nicht bereit waren, ihre eigene Abruestung nach den Masstaeben und Methoden der vorausgegangenen Abruestung Deutschlands zu vollziehen. Das machte damals eine der Abruestungs-Konferenz vorgeschlagene Resolution fuer Deutschland unannehmbar und der deutsche Vertreter erhielt daher die Weisung zu erklaeren, dass Deutschland an den Arbeiten der Abruestungs-Konferenz solange nicht mehr teilnehmen werde, als die gleichberechtigte Beteiligung Deutschlands am Ergebnis der Konferenz nicht anerkannt sei.

VORSITZENDER: Dr. v. Luedinghausen, sollen wir uns nun vertagen ?

DR. V. LUEDINGHAUSEN: Ja, Herr Vorsitzender.

(10 Minuten P a u s e).

DR. V. LUEDINGHAUSEN: Herr Praesident, ich darf zu der eben gestellten und beantworteten Frage verschiedene Dokumente in Bezug nehmen und um deren amtliche Kenntnisnahme bitten, die hierauf Bezug nehmen. Ich lege vor oder habe vorgelegt in meinem Dokumentenbuch II unter Nr. 40 Auszuege aus dem deutschen Memorandum vom 29. August 1932, Auszuege aus einem Interview, das Herr v. Neurath einem Vertreter des Telegrafenbueros des offiziellen amtlichen Deutschen Nachrichtenbuero des deutschen Reiches, gewaehrt hat, Nr. 41, meines Dokumentenbuches II; ferner Auszuege aus einer Erklaerung Herr v. Neurath's vor Vertretern der deutschen Presse am 30. September 1932, Nr. 45 des Dokumentenbuches II; einen Auszug aus einem Schreiben des Angeklagten an den Praesidenten der Abruestungskonferenz, Nr. 43 meines Dokumentenbuches II und schliesslich moechte ich noch verweisen auf eine Rede des deutschen Vertreters in Genf bei der Abruestungskonferenz, die sich unter Nr. 39 meines Dokumentenbuches befindet und aus der auch die Entwicklung und die Einstellung des Angeklagten und damit der deutschen Politik, zu den am 16. wieder einberufenen Abruestungsverhandlungen auf der Abruestungskonferenz, hervorgeht.

DURCH DR. V. LUEDINGHAUSEN

F: In den oben vorgelegten Dokumenten wird von Ihnen betont, dass die Abruestungsfrage ausschliesslich durch friedliche Mittel geloest werden muesste und dass keinerlei Gewalt angewendet werden duerfe. Entsprach diese hier zum Ausdruck kommende Tendenz tatsaechlich Ihrer Ueberzeugung und stellt die Richtlinie und zwar die ausschliessliche Richtlinie, Ihrer Politik dar ?

H0381-0020

A: Ja. Es ist auch in der ganzen Zeit, solange ich Reichsaussenminister war, kein Mittel angewendet worden, das nicht international allgemein ueblich und erlaubt gewesen waere.

F: Am 16. sollten nun die Verhandlungen in der Abruestungskonferenz wieder beginnen. Welches war das Ergebnis dieses Zusammentrittes der Abruestungskonferenz?

A: Es kam zu einer von England angeregten - - -
Zunaechst verlief die Abruestungskonferenz wieder im Sande. Es kam aber dann spaeter zu einer von England angeregten sogenannten Fuenf-Maechte-Erklaerung im Dezember 1932. In ihr wurde der deutsche Anspruch auf die Gleichberechtigung und Entfernung der diskrimminierenden Bestimmungen des Versailler Vertrages anerkannt. Nach dieser von den Kriegsmaechten abgegebenen, spaeter von der Abruestung oder vom Voelkerbundsrat anerkannten Erklaerung, war Deutschlands Gleichberechtigung ein fuer alle Mal und fuer alle Faelle anerkannt. Deutschland konnte deshalb sein Ruecktrittsrecht zum Teil 5 des Versailler Vertrages, unter Hinweis auf die von den Signaturmaechten uebernommenen Verpflichtung zur allgemeinen Abruestung geltend machen. Mit dieser Fuenf-Maechte-Erklaerung war die Voraussetzung dafuer gegeben, dass Deutschland an den Beratungen der Abruestungskonferenz wieder teilnahm.

DR. V. LUEDINGHAUSEN: Herr Praesident, ich darf verweisen auf den Text der Fuenf-Maechte-Erklaerung vom 11. Dezember 1932. Er befindet sich unter Nr. 47-A in meinem Dokumentenbuch II. Ferner darf ich verweisen auf einen Aufsatz des Angeklagten im Heimatdienst ueber diese Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung. Der Text befindet sich unter Nr. 48 in meinem Dokumentenbuch II. Das war die Zeit vor der Machtuebernahme.

DURCH DR. V. LUEDINGHAUSEN:

F: Es kam nun im Januar 1933 zur Ernennung Hitler's zum Reichskanzler und damit zur sogenannten Machtuebernahme durch die N.S.D.A.P.
Haben Sie bei dieser Uebernahme bei der Ernennung Hitler's zum Reichskanzler in irgend einer Form mitgewirkt?

A: Nein. Ich war bei der Ernennung Hitler's zum Reichskanzler in keinem Stadium der Verhandlungen beteiligt.
Ich bin von niemanden, auch nicht vom Reichspraesidenten, damals und erst recht nicht von einem Parteifuehrer um meine Meinung gefragt worden. Irgendwelche naeheren Besprechungen zu einem der Parteifuehrer, insbesondere zu den Fuehrern der national-sozialistischen Partei, hatte ich nicht. Im uebrigen haben Goering und Papen hier

H0381-0021

vollkommen zutreffende Aussagen gemacht.

F: Welche Gedanken haben Sie sich nun selbst innerlich zu dieser Frage der Berufung Hitler's zum Reichskanzler, mit anderen Worten, zur Machtuebernahme durch die Partei, gemacht ?

A: Ich hatte lebhafte Bedenken, sah aber, wie ich schon anfangs ausgefuehrt habe, nach Lage der Parteiverhaeltnisse und der Unmoeglichkeit gegen die Nationalsozialisten eine Regierung zu bilden, auch keine andere Moeglichkeit mehr, wenn man nicht einen Buergerkrieg heraufbeschwoeren wollte, ueber dessen Ausgang bei der ueberwaeltigenden Zahl der Anhaenger Hitler's kein Zweifel bestehen konnte.

F: Aus welchem Grunde sind Sie denn nun bei Ihrer Einstellung, die Sie uns eben gesagt haben, als Reichsaussenminister in der neu gebildeten Regierung Hitler's geblieben ?

A: Auf dringenden Wunsch Hindenburg's.

DR. V. LUEDINGHAUSEN: Ich darf hierzu auf das schon erwaehnte Affidavit der Frau Baronin v. Ritter, Nr. 3 meines Dokumentenbuches I verweisen und darf mit Erlaubnis des Gerichtes einen kurzen Passus aus demselben zitieren:

"Als dann im Jahre 1933 eine neue Regierung unter Hitler als Reichskanzler gebildet wurde, stellte Hindenburg Hitler die Bedingung, dass Neurath Aussenminister bleiben muesse. Dementsprechend bat Hindenburg Neurath, zu bleiben und Neurath erfuellte gemaess seiner frueheren Zusage Hindenburgs Wunsch. Ich weiss, dass Neurath dann im Laufe der Zeit oft erhebliche Bedenken hatte, aber der Meinung war, dass es seine vaterlaendische Pflicht sei, zu bleiben.

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an einen besonders sinnfaelligen Vergleich mit einem Felsblock, der durch seine Lage inmitten im Fluss die Gewalt der reissenden Stroemung vermindern kann, waehrend er am Ufer einflusslos sein wuerde. Er aeusserte haeufig. "Wenn die Deutschen sich oft wundern, dass ich bei diesem Regime mitmache, dann denken sie immer nur an die Misstaende, ohne zu wuerdigen, wie viel darueberhinausgehendes Unheil ich noch verhueten kann. Sie vergessen, wie viel Kraft es kostet, allein schon durch den Wall der "Myrmidonen" (Trabanten) zu Hitler vorzudringen."

DURCH DR. V. LUEDINGHAUSEN:

F: Wissen Sie, aus welchem Grunde Hindenburg Ihr Verbleiben, beziehungsweise Ihren Eintritt als Aussenminister in das Kabinett Hitler's wuenschte ?

A: Um die Durchfuehrung einer friedlichen Aussenpolitik sicherzustellen

H0381 - 0022

und Hitler bei seiner impulsiven Natur an unueberlegten Schritten zu verhindern, mit einem Worte, um als Bremse zu wirken.

F: Hat Hindenburg Ihr Verbleiben als Aussenminister, beziehungsweise Ihren Eintritt in das Kabinett Hitler, nicht geradezu zur Bedingung der Berufung Hitler's zum Reichskanzler, gemacht ?

A: Ja, das hat er mir spaeter gesagt.

DR. V. LUEDINGHAUSEN: Ich darf auch hierzu hinweisen auf das Affidavit des frueheren Botschafters Kurt Pruefer, Nr. 4 meines Dokumentenbuches und moechte einen kurzen Absatz daraus zitieren:

" Hindenburg stand in seiner politischen Grundeinstellung, insofern er ein Konservativer war - - - "

DER VORSITZENDE: Auf welcher Seite ist das ?

DR. V. LUEDINGHAUSEN: Das ist Seite 27, Exhibit Nr. 4. "Hindenburg stand in seiner politischen Grundeinstellung, insofern er ein Konservativer war, wohl ungefaehr auf demselben Boden wie Baron Neurath. Dass er selbst nur widerstrebend und unter dem schweren Druck der innerpolitischen Entwicklung Hitler die Macht uebertrug stand fuer alle auch nur einigermassen mit den Verhaeltnissen Vertrauter fest. Wenn er unter diesen Umstaenden darauf bestand, und es geradezu zur Bedingung machte, dass sein bisheriger aussenpolitischer Berater Neurath im Amte verblieb, so geschah es zweifellos nur aus dem Grunde, dass er inmitten der gaerenden und ihm sicherlich persoenlich unheimlichen und unsympathischen neuen Kraeften einen ruhenden Pol, wenigstens fuer die Aussenpolitik, das heisst fuer den Frieden, sichern wollte."

DURCH DR. V. LUEDINGHAUSEN

F: Haben Sie nun mit Hindenburg darueber gesprochen und im Ihre Abneigung, Ihre Bedenken gegen Ihren Eintritt in das Kabinett Hitler's geaeussert ?

A: Ja, ich habe ihm darueber keinen Zweifel gelassen.

F: Was hat Hindenburg darauf erwidert ?

A: Er sagte mir, ich muesste dieses Opfer bringen, er haette sonst keine ruhige Stunde mehr.

F: Haben Sie sich erst daraufhin und aus diesem Grunde zum Eintritt in das Kabinett Hitler entschlossen?

A: Ja, der englische Anklagevertreter, Sir David, hat das in der Sitzung vom 1. Maerz dieses Jahres behauptet, ich haette durch diesen Eintritt in das Kabi-

H0381 - 0023

nett Hitler Ehre und Reputation verkauft. Ich nehme davon Abstand, hier weiter auf diese an sich schwere Beleidigung einzugehen.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Herr Praesident, ich darf hierzu einen Satz zitieren aus dem "Tagebuch des Ambassador Dodd 1933/37, das sich als Nr. 13 in meinem Dokumentenbuch befindet, und zwar moechte ich zitieren die Eintragung, die Sie unterm 6. April 1934 auf Seite 100, das ist Seite 55 des deutschen Exemplars, finden. Es handelt sich um eine ausdrueckliche Bemerkung von Dodd, die sich auf Herrn von Neurath bezieht:

"Es tut mir leid um diese klarsehenden Deutschen mit ganz guter Weltkenntnis, die fuer ihr Vaterland arbeiten muessen und sich doch der Unwissenheit und Selbstherrschaft von Hitler, Goering und Goebbels fuegen muessen."

F: Haben Sie nun bei diesen Unterredungen Hindenburg versprochen, solange in dem Cabinett zu bleiben, als es Ihnen irgendwie moeglich waere, den aussenpolitischen Kurs in friedlichen Bahnen zu halten, und kriegerische Verwicklungen zu vermeiden; dies auch dann, wenn Hindenburg dereinst die Augen schliessen wuerde

A: Ja. Letzteren Wunsch hat er wiederholt bei mir zum Ausdruck gebracht.

F: Dies war ja auch wohl der Grund, weswegen Sie nach dem Tode Hindenburgs im Amt verblieben?

A: Ja. Und ausserdem aber, weil ich inzwischen die Erfahrung gemacht hatte, dass Hitler sich in der Erregung durch sein Temperament sehr haeufig zu unueberlegten Schritten hinreissen liess, und dadurch den Frieden gefaehrden konnte. Mehrfach hatte ich aber dabei auch die Erfahrung gemacht, dass er in solchen Faellen meinen Bedenken zugaenglich war.

F: Die Anklage hat Ihnen, wie Sie ja wissen, aus Ihrem Eintritt und Ihrem Verbleiben im Amte als Reichsaussenminister in dem Cabinett Hitlers, vor allen Dingen auch aus Ihrem Verbleiben im Cabinett nach dem Tode Hindenburgs einen besonderen Vorwurf gemacht.

A: Wie mir da ein Vorwurf gemacht werden kann, ist mir voellig unerklaerlich Ich habe niemals einer Partei angehoert, habe mich niemals auf Parteiprogramme einschwoeren lassen, und habe auch den Parteifuehrern niemals etwa Treue geschwore Ich habe unter der kaiserlichen Regierung gedient, bon von der sozialistischen Regierung unter Ebert zum Wiedereintritt in den diplomatischen Dienst aufgefordert und bin von ihr zum Gesandten und Botschafter ernannt worden. Ich habe demokratische, liberale und konservative Regierungen ueber mich ergehen lassen; ohne mich

H0381 – 0024

mit ihren verschiedenen Prggrammen zu identifizieren, habe ich vielfach in Opposition zu den jeweiligen Partei-Regierungen lediglich die Interessen meines Vaterlandes in Zusammenarbeit mit den anderen Maechten verfolgt.

Es lag fuer mich kein Grund vor, Hitler und der Nationalsozialistischen Partei gegenueber den Versuch nicht auch zu machen. Abweichende Ansichten konnte man zudem nur von innen heraus, das heisst, als Mitglied der Regierung mit Aussicht auf Erfolg zur Geltung bringen. Die Redefreiheit, die Benuetzung der Presse in Deutschland war verboten, beziehungsweise erschwert. Die persoenliche Freiheit war gefaehrdet. Im uebrigen ist es in anderen Laendern auch nicht viel anders; ich meine damit die Teilnahme an der Regierung verschiedener Parteien, wie Renaud zum Beispiel, und den mir bekannten Lord Vansittart, den ich im Englischen Foreign Office sowohl in konservativen, als auch Labor-Regierungen erlebt habe.

H0381 - 0025

F Warum sind Sie dann aber nun nach dem 30 Juni 1934, den damaligen blutigen Ereignissen, noch in der Regierung verblieben, und haben nicht Ihre Demission gegeben? Sie wissen, dass die Anklage aus einem solchen Verbleiben in der Regierung anderen Angeklagten daraus einen Vorwurf gemacht hat.

A Abgesehen davon, dass die Schilderung, die Hitler damals über die Vorfälle beim Röhmputsch gegeben hat, und aus denen ich entnehmen musste, dass es sich um eine ernsthafte Revolte handelte, habe ich ja auch eine Reihe von Revolutionen miterlebt, zum Beispiel auch die russische, und wie ich schon sagte, die faschistische in Rom , und gesehen, dass bei solchen Revolutionen vielfach auch Unschuldige darunter leiden müssen. Ich stellte mich ausserdem ganz auf die Haltung von Hindenburg damals ein, der mir selbst, wenn ich die Demission hätte nehmen wollen, niemals die Erlaubnis gegeben hätte.

Als Episode, dass ich die Ernsthaftigkeit dieser Revolte damals, und die Schilderung, die Hitler davon gegeben hat, als wahr annehmen musste, möchte ich nur kurz erwähnen, dass an diesem Tage, nämlich am 30 Juni damals ein Bruder des Kaisers von Japan in Berlin war, den ich zu Tisch hatte einladen müssen. An diesem Essen nahm auch der Generaloberst von Fritsch und eine Reihe von anderen höheren Offizieren und Beamten des Auswärtigen Amtes teil. Der Prinz erschien nicht zum Essen, das heisst, er kam erst eine Stunde später. Als ich nach dem Grund fragte, stellte es sich heraus, dass auch mein Haus von der SA umstellt war, und dass der Prinz von dieser aufgehalten worden war, in mein Haus hereinzukommen. Einige Tage später sagte mir der Generaloberst von Fritsch, nachdem er mir den Hergang auf der Seite des Militärs erzählt hatte, ob mir bekannt sei, dass sowohl er selbst, als ich, auf der Liste des Herrn Röhm gestanden hätte. Also ganz harmlos, so wie sie, glaube ich, vom Zeugen Gisevius hier geschildert wurde, war diese Revolte nicht.

F Haben Sie nun, bevor Sie sich zum Eintritt in das Kabinett Hitlers entschlossen haben, mit Hitler selbst über die Grundsätz

H0381-0026

und die Linie der Tendenz der Aussenpolitk sich ausgesprochen, die Sie zu verfolgen beabsichtigten?

A Ja, eingehend. Ich habe ihm dargelegt, dass wir unsere Ziele nur auf dem Verhandlungswege und entsprechend der internationalen Situation erreichen könnten. Dies erfordere allerdings Geduld. Hitler schien dies damals auch einzusehen, und auch denselben Eindruck hatte ich auch noch die folgenden Jahre. Ich bin überzeugt, dass er damals mit der Fortführung dieser Linie durchaus einverstanden war, und es ehrlich meinte. Er betonte unter anderem immer wieder, er kenne den Krieg und wolle keinen neuen erleben.

DR VON LÜDINGHAUSEN: Ich darf hierzu nochmals auf die eidesstattliche Erklärung, das Affidavit des Botschafters Prüfer verweisen, Nummer 4 meines Dokumentenbuches 1, und mit Erlaubni des Gerichts hierzu folgendes zitieren:

" Neurath's Politik war eine solche internationaler Verständigung und des Friedens. Diese Politik stand keinesfalls im Widerspruch dazu, dass auch Herr von Neurath eine Revision der Härter des Versailler Vertrages anstrebte. Er wollte dies jedoch ausschliesslich auf dem Verhandlungswege, keineswegs durch Gewalt, herbeiführen."

Dann kommt auf derselben Seite - - -

VORSITZENDER: Haben Sie das nicht schon vorgelesen?

DR VON LÜDINGSHAUSEN: Ja. Ich wollte aber jetzt eine andere Stelle ganz kurz daraus vorlesen.

" Ich bin sicher" - sagt Prüfer,-" Dass Freiherr von Neurath, ebenso wie die anderen Berufsbeamten des Auswärtigen Amtes, etwas Konkretes von etwaigen Gewaltplänen Hitlers nicht bekannt war. Im Gegenteil schenkte man allgemein in den ersten Jahren nach dem Umschwung den immer wiederholten Friedfertigkeitsbeteuerungen der nationalsozialistischen Führer Glauben. Ich bin sogar der Meinung, dass diese selbst, namentlich in den ersten Jahren die Herbeiführung eines Kriegs auch gar nicht wünschten. Man glaubte und hoffte vielmehr in den obersten

H0381-0027

kreisen der Partei, zu denen Neurath keineswegs zählte, durch die bisher erfolgreich geübte Taktik von Bluff und Überrumpelung auch weiterhin ohne Krieg billige Lorbeeren pflücken zu können. Der durch den Erfolg entstandene Grössenwahn, der durch schrankenlose Sykophantentum ins Mystische gesteigerte Glaube an das eigene Glück und die eigene Unfehlbar- und Unüberwindlichkeit verführten erst später Hitler und seine nächste Umgebung dazu, auch den Krieg in den Bereich ihrer Politischen Machtmittel zu ziehen. Wir, die Beamten des Auswärtigen Dienstes, und mit ihnen ihr Chef, Baron Neurath, wurden uns als Outsider dieser Entwicklung erst ganz allmählich bewusst. Bis etwa zu Anfang des Jahres 1936 hatten nur ganz wenige Beamte Aufnahme in die Partei gefunden, die ihrerseits dem Stabe des Amtes einschliesslich der neuaufgenommenen Mitglieder , mit Misstrauen und Argwohn begegnete."

VORSITZENDER: Dr. von Lüdinghausen, ist dies nicht eine Argumentsache? Sie haben sehr lange vorgelesen.

DR VON LÜDINGHAUSEN: Ich bin nun fertig, Herr Präsident.

DURCH DR VON LÜDINGHAUSEN:

F. Haben Sie selbst in dem Parteiprogramm der Nationalsozialistischen Auseinandersetzung mit den anderen Mächten erblickt?

A Nein; entgegen den Behauptungen der Anklage, die bei der Wiedergebung der Behauptung nicht ganz die Wahrheit erreicht, kann ich mit dem besten Willen keine Absicht der kriegerischen Auseinandersetzung im Falle der Nichterreichung der Ziele sehen, und ich weiss, auch aus Hitler's verschiedenen Äusserungen, dass er selbst damals, - das heisst, am Beginn seiner Regierungszeit, nicht daran dachte. Er wollte ein möglichst enges Zusammengehen mit England, und mit Frankreich ein stabiles, die alte Feindschaft der beiden Völker beseitigendes Friedensverhältnis. Letzteres gab er mir als besonderen Grund dafür an, dass er nach der Saarabstimmung öffentlich erklärt hat, er verzichte ein- für allemal auf die Rückgewinnung des Elsass.

H0381-0028

F Die Anklage macht Ihnen nun insbesondere den Vorwurf, Sie hätten aus folgenden Sätzen des Parteiprogramms entnehmen müssen, dass die Nazis aggressive aussenpolitische Ziele verfolgten, und damit einen Krieg anstrengten, und zwar von Anfang an. Es heisst dort:

" Wir fordern den Zusammenschl uss aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Grossdeutschland. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung des Friedensvertrages von Versailles und St. Germain,"

Wollen Sie sich mal dazu äussern?

A Ich kann mit dem besten Willen audh heute keinen aggressiven Geist in diesen hier zitierten Sätzen finden. Das Selbstbestimmungsrecht ist eine völkerrechtlich anerkannte Grundvoraussetzung im modernen Staat. Sie lag so, wenigstens theoretisch, dem Versailler Vertrag zu Grunde, und auf seiner Basis erfolgten seinerzeit die Abstimmungen in den Grenzgebieten. Der Zusammenschluss aller Deutschen auf der Grundlage des anerkannten Prinzips war daher aussenpolitisch und völkerrechtlich ein durchaus zuverlässiges, politisches Postulat.

Die Beseitigung der diskriminierenden Bestimmungen des Versailler Vertrages auf dem Weg einer vertraglichen Abänderung war in der Tat das wesentliche Ziel der deutschen Aussenpolitik wie schon hervor-gehoben, auch aller den Nationalsozialisten vorausgegangenen bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen.

Ich kann nicht einsehen, wieso man zur Annahme einer Angriffsabsicht kommen kann, wenn ein Volk anstrebt, sich von den Lasten eines unrechtempfundenen Vertrages zu befreien, vorausgesetzt, dass dies auf friedlichem Wege geschieht.

Und das, möchte ich noch hinzufügen, ist die Aussenpolitik die ich vertreten habe, bis zum Moment, als ich Ende 1937 erkennen musste, dass Hitler einen Krieg als Mittel in seine Politik einbezog. Vorher war, wie oben ausgeführt, niemals davon die Rede gewesen.

H0381 - 0029

F Wie war nun die Wirkung der Machtübernahme in Deutschland durch Hitler auf das Ausland?

A Es trat sofort eine fühlbare Versteifung der Stimmung, ein Misstrauen gegenüber der neuen Regierung zutage. Die Ablehnung war unverkennbar. Das trat für mich besonders deutlich auf der Weltwirtschaftskonferenz des Jahres 1933 in London zutage, wo ich Gelegenheit hatte, mit vielen alten Freunden und Mitgliedern anderer Delegationen zu sprechen und mich über diesen Stimmungsumschwung genau zu orientieren. Die praktische Auswirkung dieser Stimmung war grössere Zurückhaltung bei allen anschliessenden Verhandlungen, als auch bei der wiederbeginnenden Tagung der Abrüstungskonferenz.

DR VON LÜDINGHAUSEN: Herr Präsident, ich darf hierzug auf ein Schreiben verweisen, das sich als Nummer 11 in meinem Dokumentenbuch befindet. Es ist ein Bericht Herrn von Neurath's an den Reichspräsidenten von Hindenburg aus der Londoner Konferenz und datiert vom 19. Juni 1933. Ich darf nur einen ganz kurzen Abschnitt zitieren.:

"Leider muss ich sagen, dass die Eindrücke, die ich hier empfangen habe, auf das höchste besorgniserregend sind. Auf Grund der Berichte unserer Missions-Chefs-''

VORSITZENDER: Auf welcher Seite ist das?

DR VON LÜDINGHAUSEN: Seite 47.

VORSITZENDER: Jawohl, fahren Sie fort.

DR VON LÜDINGHAUSEN: " - - auf Grund der Berichte unserer Missionschefs war ich auf manche schlimme Erscheinung, viele betrübende Vorgänge, und störende Urteile des Auslandes gefasst Dennoch hatte ich bei allen Befürchtungen gehofft, dass manches vielleicht nur vorübergehend wirkt, dass vieles sich ausgleichen konnte. Meine Befürchtungen haben sich aber berechtigter als meine Hoffnungen erwiesen. Ich habe London kaum wiedererkannt. Ich fand eine Stimmung vor - zunächst in der englische Welt, dann in den internationalen Kreisen - - die einen Rücktritt der politischen und seelischen Einstellung Deutschland

H0381 - 0030

gegenüber aufzeigt, der nicht ernst genug zu nehmen ist."

DURCH DR VON LÜDINGSHAUSEN:

F Es kam nun im Hauptausschuss der Abrüstungskonferenz wieder zu weiteren Verhandlungen und zwar im Winter 1933/34. Können Sie uns den Verlauf kurz schildern, er ist wichtig für die späteren Ereignisse.

A Den Verhandlungen wurde damals ein französischer Plan zu Grunde gelegt vom 14. November 1932. Dieser Plan sah überraschender Weise die Umwandlung der Berufsheere in Heere mit kurzer Dienstzeit vor, denn nach der von dem französischen Vertreter damals vorgetragenen Ansicht konnten nur noch Heere mit kurzer Dienstzeit als Defensiv-Heere angesehen werden, während stehende Heere als Berufssoldaten offensiven Charakter hätten. Dieser Standpunkt Frankreichs war völlig neu und nicht nur das gerade Gegenteil von dem bisherigen Standpunkt Frankreichs, sondern auch eine Abkehr von den im Versailler-Vertrag für die Abrüstung Deutschlands zu Grunde gelegten Bestimmungen. Das bedeutete nun für Deutschland, und auf dies war es offensichtlich gemünzt, die Abschaffung seines stehenden Heeres von 100 000 Mann, ausserdem aber gab Frankreich mit diesem neuen Plan zu erkennen, dass es seinerseits nicht abzurüsten gewillt war. Das wurde durch eine Erklärung des französischen Vertreters Paul Boncourin der Sitzung vom 8. Februar 1933 bekräftigt. Den gleichen Standpunkt vertrat Frankreich auch bei den folgenden Beratungen über das von England vorgelegte sogenannte Arbeitsprogramm vom 30 Januar 1933, mit welchem England eine Beschleunigung der Verhandlung der Konferenz bezweckte. Dieser Versuch der Beschleunigung, der auf eine Vermittlung zu den divergierenden Tendenzen der Mächte abzielte, scheiterten an dem starren Verhalten Frankreichs.

Es wurde dann durch eine Änderung des Programms versucht, über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen, und zwar wurde damals zunächst über die Frage der Heeresstärke debattiert.

DR VON LÜDINGHAUSEN: Ich darf hierzu vorlegen, bezw. das Gericht bitten Kenntnis zu nehmen von meinem Dokument Nr. 49 in

H0381 - 0031

meinem Dokumentenbuch II. Es enthält Auszüge aus dem englischen Arbeitsprogramm vom 30 Januar 1933; ferner von meinen Dokumenten Nr. 46 und Nr. 47, ebenfalls im Dokumentenbuch II. Sie enthalten Auszüge aus dem französischen Plan über die Vereinheitlichung der Continental-Europäischen Heeres-Systeme, und schliesslich Nr. 47 meines Dokumentenbuches II. Es enthält Auszüge aus der Rede des Herrn von Neurath in der Sitzung der Völkerbundsversammlung vom 7. Dezember 1932, worin sich diese Verhandlungen bis dahin abspiegeln.

DURCH DR! VON LÜDINGHAUSEN:

F Wie war nun das Verhalten der Abrüstungskonferenz in der Frage der Behandlung der Abrüstung an sich, also in der Herabsetzung der Heeresstärke?

A Ich muss mich bei diesen weitgehenden Ausführungen möglichst auf Notizen verlassen. Es ist mir nicht möglich, alle diese Einzelheiten im Kopfe zu haben. Es ist eine Materie, die so ins detail geht, dass ich das nur auf Grund von Notizen machen kann.

VORSITZENDER: Herr Dr.v.Lüdinghausen, wir sind schon den ganzen Morgen mit dem Verhör beschäftigt und noch nicht mal zum Jahre 1933 angelangt. Das Gericht denkt, dass Sie viel zu sehr ins Einzelne gehen. Wie ich bereits klargemacht habe, ist ein grosser Teil davon ein Versuch zu zeigen, dass der Versailler-VertrAg ungerecht ist, und das ist ja unwichtig.

DR VON LÜDINGHAUSEN: Herr Vorsitzender, wenn ich folgendermassen antworten darf: Ich möchte nicht die Ungerechtigkeit des Versailler-Vertrages hervorheben, sondern ich muss - -

VORSITZENDER: Gut, Dr. v. Lüdinghausen, fahren Sie fort. Wir sind der Meinung, dass Sie in diesen Sachen auf zu grosse Einzelheiten eingehen.

DR VON LÜDINGHAUSEN: Gut.

H0381-0032

Durch Dr.von Luedinghausen:

F: Was geschah denn nun, um die Verhandlungen wieder in Fluss zu bringen, Herr von Neurath ? Da legte doch am 16. Maerz der englische Ministerpraesident einen neuen Plan vor, und wie aeusserte sich nun die ganze Einstellung der Westmaechte?

Vorsitzender: Wir haben mit dem Abruestungsprogramm nichts zu tun.

Dr.von Luedinghausen: Herr Praesident, ich muss doch zeigen, wie der ganze Grund und die Stimmung war, um unseren Austritt aus dem Voelkerbund klarzustellen; denn es folgt ja nun im Herbst 1933 der Austritt Deutschlands ----

Vorsitzender: Es wird doch nicht gegen Herrn von Neurath der Vorwurf erhoben, dass er Deutschland beeinflusst hat von dem Voelkerbund zurueckzutreten ?

Dr.von Luedinghausen: Doch,es ist so.

Ich kann ja nur den Austritt aus dem Voelkerbund erklaeren aus vorausgegangenen Ereignissen. Ich kann ja nicht mit 3 Worten sagen, das und das ist der Grund, sondern ich muss doch entwickeln, welche Umstaende es waren, die der Deutschen Regierung keine andere Wahl liessen, als aus der Abruestungskonferenz und dem Voelkerbund auszutreten, denn auch ihnen erklaert sich der Entschluss der deutschen Regierung, wieder aufzuruesten, das ist, was uns zum Vorwurf gemacht wird. Es sind in der Geschichte, in der Politik ja doch Entschluesse und Handlungen immer die Folge dessen, was vorausgegangen ist. Es handelt sich ja hier bei der Entwicklung der politischen Verhaeltnisse um eine mehrjaehrige Entwicklungszeit, nicht um ein spontanes Ereignis nicht um einen spontanen Entschluss. Ich kann ja nicht bei einem militaerischen Befehl sagen, dieser Befehl hat seinen Grund in Befehlen der anderen Seite, sondern ich muss schildern ---

Vorsitzender: Dr.von Luedinghausen, das brauchen wir ja alles nicht, wir wollen nur, dass Sie fortfahren. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie bereits den ganzen Vormittag in Anspruch nahmen und wir sind noch nicht bis 1933 gekommen.

Zeuge: Herr Praesident, ich will versuchen, ganz kurz bis zu diesem Zeitpunkt, dem Austritt aus dem Voelkerbund, und der Abruestungskonferenz zu kommen. Die Verhandlungen zogen sich, wie ich sagte, das ganze Jahr 1933 hin. Im Herbst war wieder eine Abruestungskonferenz-Sitzung, in der so ziemlich immer wieder ueber das gleiche Thema debattiert wurde. Das Ergebnis dieser Konferenz war nun, dass die Abruestung definitiv von den Westmaechten abgelehnt wurde, und das war der Grund, weshalb wir dann aus der Abruestungskonferenz zunaechst ausgetreten sind, da wir dort eine nuetzliche Arbeit nicht mehr fuer moeglich hielten.

H0381-0033

Anschliessend daran sind wir auch aus dem Voelkerbund ausgetreten, dessen Versagen wir auf den verschiedensten Gebieten erlebt hatten.

Ich komme nun kurz auf die verschiedenen Punkte, bis zum Austritt aus dem Voelkerbund. Die Gruende, die uns damals dazu veranlasst haben, habe ich ausdruecklich in einer Rede dargelegt, die vielleicht mein Verteidiger angeben kann.

Durch Dr.von Lüdinghausen:

F: Welches Datum haben Sie denn, Herr von Neurath?

A: Oktober 1933.... Ich habe das Datum gesagt, 14. Oktober 1933, von der auslaendischen Presse. In dieser Rede habe ich ausgefuehrt, dass der Austritt aus Abruestungskonferenz und Voelkerbund, keineswegs bedeutet, dass Deutschland ueberhaupt nicht mehr an einer Verstaendigung oder Fuehlungnahme, insbesondere mit den Westmaechten teilnehmen wolle.

Dr.v.Lüdinghausen: Herr Praesident, der Wortlaut dieser Rede findet sich auf Seite 59, im meinem Dokumentenbuch, der im Grunde genommen derselbe ist, nur ausfuehrlicher, als das was Herr von Neurath eben gesagt hat und bin ich bereit, auf die eingehende beabsichtigte Verlesung des Auszuges zu verzichten.

Ich darf aber in Uebereinstimmung pflichtgemaess, auf die Dokumente aufmerksam machen, die sich in dieser ganzen, jetzt ziemlich uebersprungenen Zeitspanne vorgelegt haben, damit aus ihnen ein Bild wenigstens vorhanden ist, wie sich allmaehlich die Dinge bis Mitte Oktober zugespitzt haben. Ich darf in dieser Beziehung hinweisen, auf das Dokument Nr. 56, eine Rede des Herrn von Neurath vor der auslaendischen Presse. Dann auf den Aufruf Hitlers an das deutsche Volk, Nr. 58, auf das eben zitierte Dokument Nr.59, auf das deutsche Memorandum ueber die Ruestungs-und Gleichberechtigungsfrage vom 18. Dezember 1933, Dokumentenbuch Nr.61, dann im Dokumentenbuch Nr.62 ein Interview Herrn von Neurath mit dem Berliner Vertreter der New York Times, am 29. Dezember 1933, die deutsche Antwort auf die franzoesische Denkschrift vom 1. Januar 1934, Nr. 64 meines Dokumentenbuches 3; die deutsche Denkschrift vom 13. Maerz 1934 Nr.67 und die Rede des Praesidenten der Abruestungskonferenz, Sir Neville Henderson, vom 10. April 1934, Nr.68 und schliesslich das letzte Memoire der deutschen Reichsregierung zum englischen Abruestungs-Memorandum vom 16. April .

Ich hoere soeben, dass ich einen falschen Vornamen gesagt habe: Arthur Henderson.

H0381 - 0034

Durch Dr.von Luedinghausen:

F: Es kam nun Mitte April 1934 zu einem sehr wichtigen Ereignis. Wollen Sie dazu vielleicht etwas sagen, denn diese Erklaerung, diese Note, bildete eine voellige Schwenkung, eine Aenderung, in der europaeischen Politik.

A: In dieser Note Frankreichs, das war eine franzoesische Note, diese Note war gerichtet an die englische Regierung, als Antwort auf eine englische Anfrage und auf eine deutsche Denkschrift vom 13. Maerz 1934, worin ueber die Fortsetzung der Verhandlungen gesprochen worden war. Das Nähere darueber ist in der vorhin zitierten Rede, vor der Berliner Presse, enthalten. Aber mit dieser franzoesischen Note, waren die Bemuehungen in der Abruestungsfrage zu einem Ergebnis zu kommen, wiederum Mein der franzoesischen Regierung gescheitert.

Dr.von Luedinghausen: Ich darf hierzu verweisen auf verschiedene Dokumente, die ich vorgelegt habe im meinem Dokumentenbuch Nr.3, Nr.66, Auszug aus einer Rede des Grafen Ingenhoven, des belgischen Ministerpraesidenten, vom Maerz 1934; einen Auszug der Berliner Presse, Nr. 63, aus dem Tagebuch; dann Nr.70, einen Auszug aus der oben erwähnten Note der franzoesischen Regierung an die englische Regierung vom 17. April 1934 und die Rede des Aussenministers von Neurath, des Angeklagten, vor Vertretern der Berliner Presse, in der er zu dieser franzoesischen Note Stellung nimmt, ist Nr. 74 meines Dokumentenbuches. Schliesslich noch ein Auszug aus einer Rede des amerikanischen Bevollmaechtigten in der Abruestungskonferenz Norman Davis, vom 29. Mai 1934, worin sich der nun eben von mir angedeutete Umschwung in der europaeischen Politik..

Vorsitzender: Haben Sie dem eine Nummer gegeben ?

Dr.von Luedinghausen: Die letzte, Herr Praesident ?

Vorsitzender: Jawohl.

Dr.von Luedinghausen: Nr. 76.

Vorsitzender: Fahren Sie fort.

Zeuge: Ich glaube, ehe ich diese Frage beantworte, darf ich vielleicht noch auf eine andere Sache eingehen.

Die Anklage haelt mir eine Rede Hitler's vor, vom 23. September 1939, eine Rede, die er an die Oberbefehlshaber des Heeres gerichtet hat und in der er sich ueber die politischen und organisatorischen Massnahmen aeusserte, die dem Krieg vorangegangen waren.

H0381 - 0035

Vorsitzender: Sagen Sie vom 23. September ?

Zeuge: 23. September 1939. Die Anklage sieht in der Erwaehnung des Austritts aus dem Voelkerbund und aus der Abruestungskonferenz ein Zeichen, fuer die schon damals vorhandenen Angriffsabsichten und macht mir das zum Vorwurf. Wie ich schon mehrfach betont habe, war bis zum Jahre 1937 von irgendwelchen Angriffsabsichten oder Vorbereitungen eines Angriffskrieges ueberhaupt niemals die Rede gewesen. Hitler hat die von der Anklage erwaehnte Rede, 6 Jahre nach diesen Vorgaengen und 15 Monate nach Beginn seiner Taetigkeit, als Aussenminister, gehalten. Es ist aber, ganz abgesehen davon, dass Hitler diese Vorgaenge in einem solchen Moment, naemlich nach siegreicher Beendigung des Polenkrieges, anders wertet, als sie tatsaechlich gewesen waren, Man kann aber diese Vorgaenge ganz sicher nicht nachher, also von dem Datum dieser Rede beurteilen, die ueberhaupt keine Voraussicht hatte ueberhaupt, sondern muss sie unter dem Gesichtspunkt betrachten, wann sie seinerzeit stattgefunden hat. Ich will nun auf die Ihnen vorgelegte Frage antworten. Meiner Ansicht nach, liegen die Gruende in erster Linie aber weniger in der Tatsache, das sich im Laufe der vorausgegangenen diplomatischen Verhandlungen gezeigt hatte, dass England und Italien nicht mehr bedingungslos hinter Frankreich standen und nicht mehr gewillt waren, den strikt ablehnenden Standpunkt Frankreichs, zur Frage der Gleichberechtigung Deutschland, noch laenger zu teilen. Den gleichen Standpunkt nahmen uebrigens auch die neutralen Staaten, Daenemark, Spanien , Norwegen, Schweden und die Schweiz ein, in einer, an die Abruestungskonferenz gerichteten Note vom 14. April 1934. Frankreich fuerchtete also damals offenbar isoliert zu werden und damit in die Gefahr zu geraten, seine Verweigerung jeglicher Abruestung seiner Armee, nicht mehr aufrecht erhalten zu koennen. Ich selbst habe zu dieser Haltung Frankreichs, vom deutschen Standpunkt aus, in meiner, ich glaube, schon erwaehnten Rede vor der deutschen Presse vom 27. April 1934, eingehend Stellung genommen.

Durch Dr. von Luedinghausen:

F: Worin aeusserten sich nun die weiteren Folgen dieser Note Frankreichs vom 17. April, in seinem eigenen aussenpolitischen Verhalten ?

A: Bereits wenige Tage nach dieser Note trat der damalige franzoesische Aussenminister Louis Barthou eine Reise nach dem Osten, naemlich nach Warschau und

H0381 - 0036

Prag, an. Wie sich alsbald herausstellte, bezweckte diese Reise in Polen und in der Tschechoslowakei, das Terrain fuer eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen diesen Laendern und den uebrigen Laendern der sogenannten Kleinen Entente und der Sowjet-Union wieder herzustellen und damit auch die Einbeziehung Russland, als Mitspieler in die europaeische Politik, den Weg zu ebnen.

Die Bemuehungen Barthou's waren erfolgreich. Sowohl Polen, wie die Tschechoslowakei und Rumaenien nahmen die diplomatischen Beziehungen mit Russland wieder auf und Barthou konnte auf einer zweiten Reise die Zustimmung aller Staaten der Kleinen Entente, dazu den von Frankreich und Russland vorgeschlagenen Ostpakt, erreichen.

F: Wurden nicht gleichzeitig auch Verhandlungen ueber einen Ostpakt eingeleitet, die sich spaeter auch als ein gegen Deutschland gerichtetes Instrument darstellten ?

A: Jawohl, das habe ich eben erwaehnt. Es wurde ein Ostpakt ausgearbeitet und vorgelegt, den wir an sich im Grundprinzip auch angenommen haben, aber der dann nachher, weil wir Verpflichtungen uebernehmen sollten, die nicht einhalten konnten, naemlich eine Beistandverpflichtung, in allen Faellen in Konflikten, die etwa zwischen den oestlichen Voelkern auftreten sollten. Dazu waren wir ja gar nicht in der Lage. Daran scheiterte dann der Ostpakt.

F: Ich darf dazu verweisen, zu den eben gemachten Ausfuehrungen, auf drei Dokumente meines Dokumentenbuches Nr.3, Nr.72 ein amtliches Communique, ueber ueber die Warschauer Besprechungen des franzoesischen Aussenministers vom 24. April 1934; Nr.73 ein amtliches Communique ueber die Prager Besprechungen des franzoesischen Aussenministers vom 27. April 1934; und ein Auszug aus der Rede des franzoesischen Aussenministers vom 30. Mai 1934.

Wie war nun Ihre weitere Politik, nach dem ziemlich bruesken Abbruch der Verhandlungen durch diese franzoesischen Noten ?

A: Von unserer Seite wurde zunaechst versucht durch Verhandlungen mit den einzelnen Maechten, die praktische Anerkennung der Gleichberechtigung und allgemeinen Verstaendigung mit allen Voelkern, zu einem dauerhaften, wirklichen Friedenszustand zu bringen. Ich habe auch damals den deutschen Missionen im Ausland den Auftrag gegeben, dahingehend Gespraeche mit den betreffenden Regierungen aufzunehmen.

H0381 – 0037

Hitler hatte, um die Verhandlungen wieder in Fluss zu bringen, sich entschlossen, eine Einladung von Mussolini, zu einer freundschaftlichen Aussprache in Venedig zu treffen, angenommen. Der Zweck dieser Zusammenkunft war, wie Mussolini sich spaeter aeusserte, den Versuch zu machen, die Wolken zu zerstoeren, die den politischen Horizont Europas verdunkelten. Wenige Tage nach seiner Rueckkehr von Venedig hat dann Hitler eine grosse Rede gehalten, in der er den Friedenswillen Deutschlands erneut bekraeftigte.

Dr.Luedinghausen: Herr Praesident, Ich darf hierzu auf mein Dokument Nr.80, im Dokumentenbuch 3, verweisen, das einen Auszug aus dieser Rede Hitler's in Gera, am 17. Juni 1934, enthaelt, natuerlich nur den aussenpolitisch interessanten Teil. Wenn Herr Praesident jetzt abbrechen wollen.....

Vorsitzender: Herr Dr.Luedinghausen. Der Gerichtshof hofft, dass Sie am Montag, wenn Sie fortsetzen, in der Lage sein werden, diese politische Geschichte, die natuerlich jedem bekannt ist, der sie durchlebt hat und besonders dem Gerichtshof, der sie hier wiederholt gehoert hat, mit weniger Einzelheiten zu behandeln.

Dr.von Luedinghausen: Ich werde mich bemuehen, Herr Praesident.

(Daraufhin sich das Gericht bis auf Montag, den 24. Juni 1946, 10.00 Uhr vertagt.)